

## Kramp-Karrenbauer wohl bald nicht mehr im Telefonbuch

SAARBRÜCKEN (dpa) - Die Telefonnummer der neuen CDU-Chefin Anngret Kramp-Karrenbauer wird künftig wohl nicht mehr im Telefonbuch ihrer saarländischen Heimatstadt Püttlingen stehen. „Eigentlich möchte ich es gerne“, sagte die neue CDU-Bundesvorsitzende der „Saarbrücker Zeitung“. Inzwischen hätten die Anrufe, „die die Grenze des guten Umgangs und Geschmacks“ verletzen, stark zugenommen.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die Anhänger der bei der Wahl zum CDU-Vorsitz unterlegenen Kandidaten Friedrich Merz und Jens Spahn derweil vor Rachegeanken gewarnt. „Wer jetzt auf Rückspiel oder gar Rache sinnt, setzt sich ins Unrecht. So geht Demokratie nicht“, sagte er der „Bild“-Zeitung. Kramp-Karrenbauer stritt ab, die Partei sei durch den Wettkampf zwischen ihr, Merz und Spahn gespalten. „Die Unterschiede sind geringer als man denkt“, sagte sie am Sonntagabend in der ARD-Sendung „Anne Will“.

### Zahl des Tages

# 170

Millionen Euro

teurer wird das staatliche Elterngeld für den Bund in diesem Jahr. Das geht aus einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums hervor.

### Kurz berichtet

#### Prozess in Stuttgart wegen möglicher Kriegsverbrechen

KARLSRUHE (dpa) - Wegen Kriegsverbrechen in seiner Heimat soll einem 29-jährigen Syrer in Stuttgart der Prozess gemacht werden. Die Bundesanwaltschaft hat dort am Oberlandesgericht Anklage gegen den Mann erhoben, wie die Karlsruher Behörde am Montag mitteilte. Dem Mann wird zur Last gelegt, 2012 oder 2013 im syrischen Bürgerkrieg zur Folter mit einem kabelaähnlichen Gegenstand auf seine Opfer eingeschlagen zu haben. Den Angaben zufolge kämpfte der Mann für die Rebellen der Freien Syrischen Armee.

#### Amnesty fordert mehr Einsatz für Menschenrechte

BERLIN (KNA) - Die Bundesregierung sollte sich laut Amnesty International weltweit entschiedener für Menschenrechte einsetzen. Deutschland und andere Staaten müssten anlässlich des 70. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Regierungen in die Pflicht nehmen, die das Völkerrecht missachteten, erklärte Amnesty International am Montag in Berlin. Die anstehende deutsche Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat und die EU-Ratspräsidentschaft 2020 böten dazu gute Gelegenheiten.

RAVENSBURG - Mehr als 160 Staaten haben dem UN-Migrationspakt am Montag zugestimmt. Gerade Kritiker einer liberalen Migrationspolitik müssten sich in dem Dokument wiederfinden, meint der Freiburger Politikwissenschaftler Stefan Rother, Teilnehmer der UN-Konferenz in Marrakesch. Ulrich Mendelin hat ihn befragt.

#### In Deutschland wird der Migrationspakt kontrovers diskutiert, in Belgien ist die Regierung zerbrochen, die USA wollen nicht mitmachen und andere Länder haben sich zurückgezogen. Spielt die Kritik bei den Delegierten eine Rolle?

Das war schon ein Thema, aber es herrscht auch viel Unverständnis über die Kritik. Als ganz so bedeutend wird der Pakt selbst von den Teilnehmern hier gar nicht gesehen, eher als Anregung für konkrete Politik. Außerdem sind alle Regierungen, die nicht dabei sind, mit Ausnahme der Schweiz, von einer vergleichbaren politischen Ausrichtung. Ihre Ablehnung hat nur innenpolitische Gründe.

#### Inhaltlich lässt die Kritik die Delegierten kalt?

Der einzige kritikwürdige Punkt ist die Passage zur Fremdenfeindlichkeit. Da steht, dass man Medien öffentliche Gelder entziehen soll, die sich als fremdenfeindlich erweisen. Dazu habe ich hier von vielen Leuten gehört: Das hätte man offener formulieren müssen, so hat man Kritikern eine Flanke geöffnet.

Es gibt auch generelle Kritik, Zuwanderung werde in rosaroten Farben beschrieben. Im Pakt steht, dass Migration eine „Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung“ darstellt.

„Darstellen kann“, hätte man sagen müssen. Der Satz geht aber weiter: „... und dass diese positiven Auswirkungen durch eine besser gesteuerte Migrationspolitik optimiert werden können“. Außerdem hält der Pakt fest, dass Migration sehr unterschiedliche und manchmal sehr unvorhersehbare

#### Migrationsforscher



Stefan Rother (46, Foto: oh) ist Dozent an der Universität Freiburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arnold-Bergstrasser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung. Er forscht zu Migration, Global Governance und internationaler Politik. Er hat bei der „Schwäbischen Zeitung“ volontiert, für deren Kulturteil er als freier Journalist schreibt. (sz)



Migration – wie hier die Flucht von Angehörigen der Rohingya-Minderheit aus Birma ins benachbarte Bangladesch – läuft oft chaotisch ab. Der UN-Migrationspakt soll eine Grundlage bilden, um dies zu ändern. FOTO: DPA

Auswirkungen hat. Da kann man schon reinlesen: Es läuft nicht alles gut mit Migration, es gibt Ausbeutung und Konflikte.

#### Oft verlassen die leistungsfähigsten, klügsten Menschen ein Land. Was kann der Pakt dem entgegensetzen?

Die Debatte haben wir seit mehr als 40 Jahren. Die deutsche Antwort sind sogenannte Triple-Win-Programme. Der

Gedanke ist, dass beispielsweise philippinische Pflegekräfte, wenn es dort ein Überangebot gibt, zum Arbeiten nach Deutschland kommen.

#### Und wie profitieren die Philippinen davon?

Durch Geldtransfers – und durch die mögliche Rückkehr von Arbeitskräften mit neuen Qualifikationen. Auf den Philippinen stehen Überweisungen aus dem Ausland für zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder noch mehr. Davon könnte ein Land

profitieren, wenn es gut investiert wird. Ich sehe das aber auch kritisch, denn oft fließt das Geld in den Konsum oder in andere Bereiche. Ein besserer Weg wären die sogenannten Global Skills Partnerships: Wenn das Zielland eine Person arbeitslos macht, verpflichtet es sich, im Herkunftsland eine weitere Person auszubilden.

#### In einigen Staaten der EU gibt es auch eine hohe Arbeitslosigkeit. Warum braucht es in Deutschland Pflegekräften von den Philippinen?

## Merkel wirbt für Abkommen

Bundeskanzlerin: Nationale Alleingänge lösen Probleme nicht

MARRAKESCH (epd) - Mit einer kämpferischen Rede hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Montag in Marrakesch den UN-Migrationspakt verteidigt. Zum Schutz der Bürger sei es nötig, illegale Migration gemeinsam zu bekämpfen, rief Merkel den Vertretern aus 164 Staaten zu, die zuvor den Migrationspakt per Akklamation verabschiedet hatten. Nationale Alleingänge würden das Problem nicht lösen. In der kommenden Woche soll die UN-Vollversammlung den Pakt verabschieden. Die nötige Mehrheit gilt als sicher.

Mehrere Staaten haben den Vereinten Nationen bisher mitgeteilt, dass sie die Unterstützung für den Pakt zurückziehen, den sie selbst mitverhandelt haben. Es sind dies Australien, Chile, die Dominikanische Republik, Österreich, Lettland, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Die USA waren bereits den Verhandlungen ferngeblieben. Wei-

tere sechs Staaten überlegen noch, wie sie sich zum Pakt verhalten. Unter ihnen ist auch die Schweiz, die die Verhandlungen für den Pakt gemeinsam mit Mexiko geleitet hatte.

Merkel erinnerte in ihrer Rede an die deutsche Geschichte und das unendliche Leid, das Deutschland durch den Nationalsozialismus über die Menschheit gebracht habe. „Die Antwort auf puren Nationalismus war die Gründung der Vereinten Nationen und das Bekenntnis zur ge-



Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Marrakesch. FOTO: DPA

meinsamen Lösung der Fragen, die uns bewegen“, sagte die Kanzlerin.

UN-Generalsekretär António Guterres äußerte am Montag die Hoffnung, dass die abwesenden Staaten sich dem Pakt in Zukunft anschließen werden. In seinem Plädoyer forderte er, Mythen zu überwinden und die Realität anzuerkennen. Dazu gehöre, dass der Großteil der Migration auf der Südhalbkugel stattfindet. Deswegen ungeachtet seien viele Staaten auf der Nordhalbkugel angesichts ihrer Überalterung auf Migration angewiesen.

Der UN-Migrationspakt soll lebensgefährliche und chaotische Migration durch internationale Kooperation verhindern. Er führt 23 Ziele auf, etwa die Beseitigung von Fluchtursachen, integriertes Grenzmanagement, den Kampf gegen Schleuser, bessere Zusammenarbeit bei der Rückkehr von Migranten in ihre Heimat und die Eröffnung legaler Möglichkeiten zur Einwanderung.

Gerade aus Osteuropa kommen ja auch viele Pflegerinnen nach Deutschland. Aber die Nachfrage ist offenbar größer. Bis 2025 werden in Deutschland 150 000 Pflegekräfte benötigt.

#### Gastgeber der Konferenz ist Marokko. In Deutschland wurde lange über die Zurückhaltung der Maghreb-Staaten geklagt, ihren Bürgern Dokumente auszustellen, die für eine Rückführung ausreisepflichtiger Menschen nötig wären. Ist das in Marrakesch ein Thema?

Der Migrationspakt nennt diesen Punkt ausdrücklich. Tatsächlich finden sich recht viele Aspekte in dem Abkommen, die auch Leute gut finden müssten, die Migration sehr kritisch gegenüberstehen. Angela Merkel hat eine Rede gehalten, die bei Aktivisten hier nicht gut ankam. Sie hat den Schwerpunkt auf den Kampf gegen illegale Migration gelegt – ein Begriff, den die Aktivisten als zu undifferenziert und kriminalisierend ablehnen.

#### Welchen Nutzen hätte der Pakt sonst noch für Deutschland?

Der nächste Schritt müsste in Deutschland ein Aktionsplan sein. Die Anerkennung von Qualifikationen beispielsweise ist in Deutschland sehr umständlich. Noch wichtiger wäre ein Einwanderungsgesetz. Würde man ein solches nach den Punkten, die im Migrationspakt genannt sind, auf den Weg bringen, dann wäre vielen geholfen. Hinzu kommt: Die EU gibt hier in Marrakesch ein schwaches Bild ab, die meisten Länder, die fehlen, liegen in Europa. Deutschland versucht ja, mehr Kooperation in Europa zu Migration und Flucht zu erreichen. Wenn dies durch den Pakt befördert wird, würde Deutschland profitieren.

## Computer machen Stimmung

BERLIN (epd) - Vor der Verabschiedung des UN-Migrationspakts haben Recherchen des Berliner Start-up-Unternehmens botswatch zufolge zahlreiche Social Bots im Internet Stimmung gegen die internationale Übereinkunft gemacht. Demnach sind mehr als ein Viertel aller Twitter-Nachrichten zum Migrationspakt (28 Prozent) auf Social Bots zurückzuführen, berichtet die Zeitung „Die Welt“. Der Durchschnitt bei politischen Diskussionen liege sonst etwa um die Hälfte niedriger (10 bis 15 Prozent). Justizministerin Katarina Barley (SPD) rief daraufhin zu einem verstärkten Kampf gegen Lügen im Internet auf.

Social Bots sind in sozialen Netzwerken agierende Computerprogramme, die sich als reale Menschen tarnen. Allerdings wiesen Social-Media-Experten darauf hin, dass Bots schwer zu erkennen sind. Welche Kriterien botswatch bei ihrer Identifizierung angewandt hat, ist nicht bekannt.

## Bewegung im Konflikt um den Paragraphen 219a

SPD drängt auf eine schnelle Lösung – Suche nach Kompromiss

BERLIN (KNA) - Im Streit um den Paragraphen 219a wollen viele SPD-Abgeordnete nicht länger warten und treten dafür ein, einen Antrag für eine Reform freizugeben und die Abgeordneten nach ihrem Gewissen abstimmen zu lassen. Zuletzt war es der frühere SPD-Chef Martin Schulz, der in der ARD dafür plädierte. Ebenfalls am Wochenende hatte der SPD-Abgeordnete Florian Post angekündigt, eine solche Gewissensentscheidung bereits in der Fraktionssitzung am Dienstag zu beantragen. Damit ist nach dem Richtungsstreit in der Flüchtlingspolitik im Sommer der nächste Konflikt in der Großen Koalition, der in den vergangenen Monaten schwelte, offen ausgebrochen.

Auslöser für die Debatte: Das Amtsgericht Gießen hatte die Ärztin Kristina Hänel Ende 2017 wegen unerlaubter Werbung für Schwangerschaftsabbrüche zu einer Geldstrafe

verurteilt. Die Richter beriefen sich dabei auf den Paragraphen 219a. Dieser untersagt „das Anbieten, Ankündigen oder Anpreisen“ von Schwangerschaftsabbrüchen aus finanziellen Vorteil heraus oder wenn dies in „grob anstößiger Weise“ geschieht.

Grüne, Linke und die SPD legten bald darauf Gesetzentwürfe vor, die eine Abschaffung des Paragraphen vorsehen, die FDP brachte schließ-



Kristina Hänel hatte die Debatte ausgelöst. FOTO: DPA

lich eine Initiative ein, die auf eine stärkere Unterscheidung zwischen Information und Werbung abzielt.

#### Nur ein Burgfrieden

Um den Koalitionsfrieden zu wahren, hatte die SPD ihren Antrag zurückgezogen, zugleich aber beschlossen, ihn freizugeben, sollte bis Herbst keine Einigung mit der Union erfolgen. Bis zur Wahl der neuen CDU-Chefin wurde der Burgfrieden mehr oder weniger gewahrt, nun – kurz vor Weihnachten – drängt die SPD auf eine schnelle Lösung in der letzten Bundestagswoche des Jahres.

Fünf Minister sind mit der Suche nach einem Kompromiss befasst: Neben Justizministerin Katarina Barley sind das Familienministerin Franziska Giffey (beide SPD), Innenminister Horst Seehofer (CSU), Gesundheitsminister Jens Spahn und Kanzleramtschef Helge Braun (beide CDU).

Die neue CDU-Vorsitzende Anngret Kramp-Karrenbauer hatte beim Parteitag in Hamburg klargestellt, dass sie keine Abschaffung des Werbeverbots mitmachen wolle. „Schwangerschaftsabbrüche dürfen nicht so behandelt werden wie ganz normale medizinische Eingriffe. Das passt nicht zu einer Partei mit dem 'C' im Namen“, sagte sie.

Offen ist, ob ihre Partei und die CSU einem Kompromiss zustimmen könnte, der – ähnlich wie der FDP-Antrag – eine Unterscheidung zwischen Information und offensiver Werbung vorsieht. Damit könnten etwa Ärzte auf ihrer Homepage über einen Abbruch informieren. Heikel ist das für viele Unionsanhänger, weil dann Ärzte Abtreibungen, die in Deutschland laut Paragraph 218 verboten, in bestimmten Fällen aber straffrei sind, als ganz normale Dienstleistung aufführen könnten.

### Kommentar

Von Sabine Lennartz

## Überflüssiger Streit

Welch ein überflüssiger Streit! Alle Parteien im Bundestag sind sich einig, dass man für Schwangerschaftsabbrüche keine Werbung will.

Doch selbst Lebensschützer mit einem Prozess gegen eine Ärztin ein Exempel statuieren wollten, auf deren Internetseite Schwangerschaftsabbrüche als Leistung aufgeführt sind, schwelt die sinnlose Debatte, ob Information auch Werbung ist. Als ob sich auch nur eine einzige Frau auf dieser Welt von Internet-Seiten verführen ließe, einen Abbruch vorzunehmen. Das ist und bleibt für alle Betroffenen in Notlagen eine sehr, sehr schwe-



re Entscheidung. Insofern ist der 219a verzichtbar. Doch seine Abschaffung ist den Streit nicht wert, wenn es nur um die Neuauflage des alten Abtreibungskonflikts geht. Wichtig ist doch nur die Hilfe für jene Frauen, die sich vielleicht doch noch zum Kind entscheiden. Und für jene, die aus einer Notlage heraus das nicht können.

Die Lösung ist verhältnismäßig einfach. Frauen, die ja ohnehin vor dem Schwangerschaftsabbruch eine Beratungsstelle aufsuchen müssen, können sich auch dort über Ärzte informieren.

✉ s.lennartz@schwaebische.de